

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 18. Dezember 1925.

Sammeltag für die Armen Wiens. Die Gemeinde Wien veranstaltet am Goldenen Sonntag (20. Dezember) wieder einen offiziellen Sammeltag zugunsten der Armen Wiens. Die Sammelstätigkeit ist wie im Vorjahr derart organisiert, dass die Bezirksvorsteher und die Vorstände der Fürsorgeinstitute ein Komitee bilden, dem die Durchführung der Sammlung im Bezirk anvertraut ist. In den Häusern wird die Sammlung mittels amtlicher Sammelbogen vorgenommen werden.

Die elektrische Strassenbeleuchtung. Im Laufe dieser Woche wird die öffentliche elektrische Beleuchtung in folgenden Strassenzügen in Betrieb gesetzt: Am Neubau in der Kirchengasse, Kellermannsgasse, Zieglergasse, in der Josefstadt in der Lederergasse, Strozsigasse; in Hietzing in der Linzerstrasse von Arosiabach bis Bujattigasse in Hütteldorf, Hütteldorferstrasse von Missindorferstrasse bis am Spitz in Hütteldorf, in Rudolfshaus in der Felberstrasse von der Schweglerstrasse bis Johnstrasse und in der Johnstrasse; ferner in Fünfhaus in der Goldschlagstrasse vom Gürtel bis zur Gurkgasse und in Ottakring in der Brunnergasse bis Grundsteingasse. Insgesamt werden rund 15 Kilometer Strassen die öffentliche elektrische Beleuchtung erhalten.

Autobus-Tagverkehr am Goldenen Sonntag. Am Sonntag, den 20. Dezember (Goldenen Sonntag) findet wie an Werktagen ein Autobus-Tagverkehr statt

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 18. Dezember 1925, vormittags.

Beratung des Hauptvoranschlags für das Jahr 1926.

Vorsitzende Gemeinderätin Bock eröffnet um 10¹³ die Sitzung und erteilt der Gemeinderätin Schlösinger (chr. soz.) das Wort.

Es wird die Spezialdebatte zur Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform fortgesetzt.

G. Rätin. Schlösinger (chr. soz.) beschäftigt sich eingehend mit den Wiener Schulverhältnissen und Misständen auf dem Gebiete des Kindergartenwesens, wendet sich gegen willkürliche Versetzungen von missliebigen Lehrpersonen in den Verbannungsort des XXI. Bezirks und gegen Vorfälle auf Bezirkslehrerkonferenzen. Sie stellt folgende drei Anträge: Erstens: Der Stadtsenat als Landesregierung wird beauftragt, den Gemeinderat als Landtag ehestens eine Novelle zum Lehrerdienstgesetz vorzulegen, die die Eliminierung des Artikels drei bezweckt.

Zweitens: Im Sinne des Gemeinderatsbeschlusses vom 25. April 1919 wird den Wiener städtischen Lehrpersonen eine Personalvertretung bewilligt und der Stadtsenat als Landesregierung aufgefordert, dem Wiener Gemeinderat als Landtag die erforderlichen Abänderungsvorschläge zum derzeitigen Lehrerdienstgesetz ehestens vorzulegen.

Drittens: Zur Erstattung der Vorschläge über die Ernennung von Schulleit-

tern und Schulleiterinnen ist eine aus dem Gemeinderat zu wählende, nach dem Proporz zusammengesetzte Schulleiter-Ernennungs-Kommission einzusetzen.

G. R. Stein (soz. dem): Für uns ist nicht die finanzielle Bedeutung des Personalreferates entscheidend, sondern die Tatsache, dass es sich hier um mehr als 56.000 Menschen handelt, deren wirtschaftliche und moralische Rechte für uns die grösste Bedeutung haben. Wir können erfreulicherweise feststellen, dass das materielle Wohl der städtischen Angestellten und Arbeiter von beiden Seiten in diesem Saale gewahrt wird. Freilich sind wir verschiedener Meinung darüber, wie die Personalpolitik geführt werden soll. Die Minderheit hat von einem Kampf gegen die Tyrannei gesprochen. Sie hat erklärt, dass sie Beamten zur Aufnahme dieses Kampfes beglückwünsche, ja sie hat mit unverhohlener Freude festgestellt, dass sich die Angestellten zum Kampf gegen die Gemeinde aufgerafft haben. In der Frage der Personalpolitik kann man zwei Gesichtspunkte wahrnehmen. Die Christlichsozialen haben vor zwölf Jahren diese Stadt noch nach dem Grundsatz verwaltet, dass Sozialdemokraten und Schönerianer nicht angestellt werden. Wir freuen uns, dass sie sich seither gewandelt haben und als die begeisterten Anhänger der Koalitionsfreiheit gestanden. Vielleicht werden sie in weiteren zwölf Jahren auch begreifen lernen, dass dieser neue Geist der Sozialpolitik, den wir hochhalten, ihre Anerkennung finden muss. Unsere Personalpolitik wird eben im Einvernehmen mit der Mehrheit der arbeitenden Menschen durchgeführt. In zweiter Linie wird sie bestimmt mit Rücksicht auf die programmatischen Aufgaben, welche die Mehrheit zu erfüllen hat und schliesslich von dem ausserordentlich feinen Empfinden, dass die Arbeiterschaft in Oesterreich für soziale Dinge besitzt. Und wir sind unseren Angestellten dafür zu Dank verpflichtet, dass sie unserer Verwaltung jenes Verständnis entgegenbringen, das im Interesse des Volksganzen erforderlich ist (Beifall bei der Mehrheit). Es ist ganz unrichtig, dass in der Gemeinde ein einzelner Mann die Personalpolitik machen könnte. Ich möchte feststellen, dass das Personalreferat getragen ist von dem Vertrauen der Mehrheit in diesem Saal und von dem Verständnis und den Wünschen der halben Million gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dieser Stadt. Das zeigt aber auch den städtischen Angestellten und Bediensteten eine grosse Pflicht auf, die sie gegenüber der gesamten Gewerkschaftsorganisation zu erfüllen haben. Eine Sozialpolitik kann sich nicht damit begnügen, die Lohnsätze festzustellen, sondern sie muss auch, die Würde der arbeitenden Menschen erkennend, von einer moralischen Verpflichtung gegenüber der Gesamtheit getragen sein. Das Koalitionsrecht ist eine Art Pflicht der Arbeiterschaft. Das ist noch nicht Gesetz, aber es hat viel gegeben, was nicht Gesetz war und doch geworden ist. Nun verlangen Sie, dass die Gemeinde, weil verschiedene Organisationen bestehen, auch mit allen verhandeln und Verträge abschliessen sollen. So kann die Technik des Lohnkampfes nicht vorsichgehen, wenn eine Reihe geistig und numerisch bedeutungsloser Organisationen, gleichfalls Forderungen aufstellen und die Gemeinde dann mit ihnen verhandeln soll. Daher können wir einer Aenderung unserer Personalpolitik nicht zustimmen. Wir sind nicht gewillt den ehrgeizigen Bestrebungen einiger verschwindender Organisationsmoleküle nachzugeben. Die Solidarität mit den übrigen Angestellten legt auch den städtischen Angestellten gewisse Verpflichtungen auf. Wir wissen, es gibt eine Reihe von "unpolitischen" Organisationen unter den städtischen Angestellten.

Ihre Bedeutung ist schon daraus zu ersehen, dass sie bei der Reichspost ständige Unterkunft gefunden haben. Sie haben also eine gewisse Bestimmung. Sie haben eine Einstellung gegen das Wiener Proletariat. Jede derartige unpolitische Organisation muss sich darüber klar sein, dass sie sich im bewussten Gegensatz zum gewerkschaftlichen und politischen Kampf des Proletariats dieser Stadt stellt. (Lebhafter Beifall).

G.R. Untermüller (chr. soz.) erklärt, dass sein Vordränger eine neue Theorie aufgestellt hat, die sich im Widerspruch mit der bisherigen Auffassung der Mehrheit befindet.

Redner bemängelt, dass für Gehaltsvorschüsse der geringe Betrag von 5000 Schilling eingesetzt ist, während früher der Betrag von 80.000 Goldkronen hierfür vorgesehen war. Rechnet man die 5000 Schilling in Goldkronen um, so kommen nur 4000 heraus, was also ein Zwanzigstel des früheren Ansatzes ist. Die Kreditanstalt für städtische Angestellte und Bedienstete verlangt wucherische Prozente und entspricht nicht den Bedürfnissen der Angestelltenchaft.

St.R. Rummelhardt (chr. soz.) kommt auf einzelne Ausführungen des Gemeinderates Stein zurück und die Gewerkschaftsbewegung, der die freien Arbeiter dienen ist eine andere als die der Angestellten und Beamten. Für den freien Arbeiter ist sie eine Existenznotwendigkeit. Der Bund verhandelt mit den Gewerkschaftskommissionen aller Richtungen und auch in der Gemeinde sollte ein fünfundzwanziger Ausschuss geschaffen werden. Der Fünfundzwanzigerausschuss beim Bund ist eine Schöpfung Geipels.

St.R. Speiser erklärt, dass er für die Kritik und sachliche Darstellung einzelner Punkte nur dankbar sein könne, gegen sehr viel Unbewiesenes und Unbeweisbares aber, dass ein falsches Bild in der Öffentlichkeit entwirft, sich wenden müsse. Stellenweise wurde eine phantastische Kinodramatik hereingebracht, die dem guten Geschmack nicht entspricht. Redner kommt auf die Ausführungen der Sprecher der Minderheit im Einzelnen zurück und nimmt zu jedem einzelnen Punkt ausführlich Stellung. Die Wünsche der Minderheit, die Stadtrat Kunschak präzisierter, nach einem Klubraum konnte bisher aus Platzmangel nicht entsprochen werden, er werde aber nicht ermangeln, das Verlangen zur Kenntnis der entscheidenden Stellen zu bringen. Auch früher wurde häufig Klage geführt, dass die Beschlüsse der Bezirksvertretungen nicht entsprechend gewürdigt werden. Die entscheidenden Stellen müssen aber ein höheres als ein Lokalinteresse vertreten. Bei den Anträgen des Gemeinderates Stöger über Begünstigungen der Invaliden muss man unterscheiden zwischen Invaliden, die aus dem Krieg zurückgekommen sind und keinen Arbeitsplatz fanden, solchen, die einen Arbeitsplatz ausfüllen und dort für ihre weniger wertvolle Arbeit nicht voll entlohnt werden und schliesslich Invaliden, die als öffentliche Angestellte ihre vollen Bezüge erhalten. Ueber jenes Mass von Entgegenkommen kann man nicht hinausgehen ohne ungerecht zu werden. Wenn der Herr Gemeinderat Stöger von Spitzelwesen usw. gesprochen hat, so muss ich hier in öffentlicher Sitzung feststellen, dass ich von meinem bisher geübten Vorgang abgehen werde, wenn führende Personen des Rathauses beleidigt werden. Ich habe bisher diese Anzeigen ad acta gelegt. Nunmehr werde ich aber rücksichtslos die betreffenden Beleidiger zur Verantwortung ziehen. Dies ist keine Ein-

ladung an die Denunzianten. Den Anträgen des Herrn Gemeinderates Stöger kann ich mich nicht anschliessen. Die Frau Gemeinderätin Schlösinger hat das Schulwesen einer eingehenden Kritik unterzogen und sich besonders über die Schulleiterernennungen verbreitet, ich halte demgegenüber eine Liste sämtlicher seit 1922 ernannten Christlichsozialen und Deutschnationalen Schulleiter. Die Elternvereine bringen nicht Unfrieden in die Schulen und haben ausserordentliche Verdienste um die Schulreform. Die Verhältnisse im Disziplinarausschuss haben sich ungeheuer geändert, ein Berufungssenat war früher überhaupt nicht vorhanden. Bis zum Jahre 1906 gab es überhaupt keine Zeitbeförderung, seit 1909 erst eine solche in den bescheidensten Grenzen und noch im Jahre 1919 war die höchste erreichbare Gehaltsstufe für Akademiker die siebente und für die übrigen Angestellten die achte, heute aber ist es die vierte und fünfte. Bei den Versetzungen hat sich eine gewisse Wehleidigkeit gezeigt, die endlich einmal aufhören muss. Den Wünschen der Kindergärtnerinnen kann man leider nicht überall entsprechen, weil die beschränkten Mittel der Gemeinde dies nicht gestatten. Sicherlich würden auch nach unserer Ansicht noch weitgehendere Formen am Platz sein. Redner bringt das Protokoll des Disziplinarausschusses zur Kenntnis, aus dem ersichtlich ist, dass sämtliche Anschuldigungen gegen zwei Beamte des Arbeitslosenamtes haltlos sind.

Ausser einzelnen sachlichen Auseinandersetzungen und Anträgen, denen wir leider nicht beikommen können, weil es unsere Mittel nicht erlauben würde von der Minorität nichts vorgebracht. Ich will auf meinem Wege unbeirrt fortfahren, um meinen Teil beizutragen zum Aufbau der Verwaltung dieser Stadt und zu ihrer inneren Reform, zur Verbesserung aller ihrer Einrichtungen mit der notwendigen Sparsamkeit und unter Berücksichtigung der Wünsche aller Angestellten, soweit dies möglich ist. (Lebhafter Beifall bei der Majorität).

Es wird nunmehr der Antrag Zimmerl zur Verwaltungsgruppe für Finanzwesen, der auf eine Ermässigung der Fürsorgeabgabe um ein Sechzehntel Prozent abzielt, abgelehnt, daraufhin die Ansätze der Verwaltungsgruppe für Finanzwesen mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

Die Anträge des Gemeinderates Stöger werden abgelehnt, der Antrag Schlösinger über Personalvertretungen für städtische Lehrpersonen der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Schliesslich werden die Einnahmen und Ausgaben der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform angenommen.

Bürgermeister Seitz schliesst um 1/4 zwei Uhr die Sitzung. Nächste Sitzung nachmittags vier Uhr: Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtseinrichtungen, Jugendfürsorge und Gesundheitswesen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 18. Dezember 1925 Zweite Ausgabe.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 18. Dezember 1925.

Vizebürgermeister Hoss eröffnet die Sitzung um vier Uhr nachmittags und teilt mit, dass die Verhandlungen über den Voranschlag der Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtsangelegenheiten, Jugendfürsorge und Gesundheitswesen von den ~~zu~~ zuständigen amtsführenden Stadtrat Professor Dr. Tandler eingeleitet werden.

St. R. Prof. Tandler führt aus: Der Voranschlag der Wohlfahrtsgruppe zeigt seit dem Jahre 1923 fortwährende Steigerungen der Ausgaben. Im Jahre 1923 betragen die Ausgaben 358 Milliarden, im Jahre 1924 stiegen sie auf 545 Milliarden, im Jahre 1925 auf 645 Milliarden und für das Jahr 1926 werden sie mit 748 Milliarden Kronen veranschlagt. Es zeigt sich also für das kommende Jahr eine Verdoppelung der Ausgaben gegenüber dem Jahre 1923.

Ich glaube, dass diese Tatsache deutlich zeigt, dass sich die Wohlfahrtspflege der Stadt Wien in einem steten Ausbau befindet. Freilich darf man nicht vergessen, dass wir in einer Zeit der Krisis und ungeheurer Arbeitslosigkeit leben, Erscheinungen, die immer der öffentlichen Wohlfahrtspflege neue Nahrung bieten. Daher erklärt sich auch diese ganz ungeheure Steigerung unseres Wohlfahrtsbudgets.

Ich habe mich bemüht, das Budget nicht nach den buchhalterischen Grundlagen, sondern nach bestimmten Bevölkerungspolitischen Zielen zu ordnen. Da ergibt sich nämlich ein ganz anderes Bild. Wir unterscheiden Wohlfahrtseinrichtungen vorbeugenden, reparatorischen und der Wiederaufforstung der Volkskraft vergeblich gewesenen Charakters. Das Letztere ist nicht minder wichtig, wie die beiden anderen. Wir sind uns durchaus unserer Pflicht gegenüber den alten, erwerbsfähigen Personen, den Geisteskranken usw. bewusst und versuchen nach Möglichkeit zu helfen. Da ergibt sich nun die erfreuliche Tatsache, dass in diesem Voranschlag die Summe der produktiven Ausgaben bereits die Hälfte der Beträge, die für die unproduktiven Zwecke ausgegeben werden, überschritten hat. Wir kommen also der Forderung, die unbedingt aufgestellt werden muss, immer näher, nämlich, dass die unproduktiven Ausgaben der Zukunft desto kleiner sein werden, je grösser die produktiven Ausgaben der Gegenwart sind. Im Jahre 1923 entfielen von unseren Ausgaben ^{nur} 43,5 Prozent auf die produktiven Zwecke und 56,5 Prozent waren unproduktiv, im Jahre 1926 ist das Verhältnis derart, dass nur 46 Prozent auf die unproduktiven, dafür aber 54 Prozent auf die produktiven Ausgaben kommen. Wir befinden uns also auf dem Wege einer bevölkerungspolitisch richtigen Orientierung.

Es sind sowohl die Ausgaben für die offene, als auch für die geschlossene Fürsorge gestiegen. Die Arbeitslosigkeit macht es unmöglich, dass die Erwerbstätigen für die alten und brechaften Personen sorgen und es kommt alles in unsere Fürsorge. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit auf den Gesundheitszustand der gegenwärtigen Generation wird sich weniger bemerkbar machen, als auf die körperliche Entwicklung der zukünftigen der Generation. Wir werden die Arbeitslosigkeit der Jetztzeit an der Gesundheit unserer Kinder später bemerken. Das Wohlfahrtsre-

ferat ist ein ausgezeichneter Kontrollapparat unserer sozialen Verhältnisse. Es ist bevölkerungspolitisch betrachtet keineswegs klug zu nennen, wenn wir an der Arbeitslosenunterstützung sparen, denn was heute hier weniger ausgegeben wird, müssen wir später für Krankheit und Zuchthaus aufwenden (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Wir müssen alles daran setzen, die Jugendfürsorge ^{noch} weiter auszubauen. Wir sind hier in Wien, wie überhaupt in Oesterreich in einer sehr merkwürdigen Lage bezüglich der Jugendfürsorge. Ich war leider verhindert zum Internationalen Kinderhilfskongress heuer nach Genf zu gehen, um dort einiges zuzusagen. Ich will das heute tun. Es betrifft dies unsere Ausgaben für die ausländischen Kinder. Wir geben achtzehn Prozent aller Ausgaben für Kinderfürsorge für fremde Kinder. Es gibt meiner Überzeugung nach kein Land, dass für ausländische Kinder soviel ausgeben würde. Freilich sind wir aus Gründen der Menschlichkeit dazu verpflichtet. Es muss aber doch gesagt werden, dass die verschiedenen Sukzessionsstaaten, die sonst mit grosser Präzision sich der Einfuhr unserer Waren widersetzen, sehr tolerant sind, was die Ausfuhr ihrer Kinder anlangt.

Bei der Gesundheitspflege können wir mit Befriedigung feststellen, dass unser Apparat klappt; wir können uns auf ihn verlassen. Mit Ausnahme der Kinderkrankheiten, die nicht von Bedeutung sind, haben wir mit epidemischen Krankheiten wenig zu tun. Schwieriger war die Situation im vorigen Jahre mit dem Typhus. Es macht sich hier ein Zug von Westen nach Osten bemerkbar. Dass die Verhältnisse in Niederösterreich nicht besonders günstig waren und diese Krankheit unmittelbar vor den Toren Wiens, auch uns berührt, ist klar. Unsere Spitäler werden dabei stark in Mitleidenschaft gezogen, wir unterstützen und begrüßen den Transport dieser Kranken nach Wien, weil jeder neue Erkrankungsfall draussen eine Gefahr für uns bedeutet. So erklärt sich der relativ hohe Stand von Typhuskranken, die aber nicht in Wien infiziert wurden.

Trauriger steht es mit den chronischen Erkrankungen. Bei den Tuberkuloseerkrankungen ist eine Umschichtung eingetreten. Nach dem Krieg ist die Zahl der tuberkulösen Frauen grösser gewesen als jene der Männer. Jetzt müssen wir wieder für Männer unsere Tuberkulosebetten bereithalten. Unsere Zentralaufnahme stelle bewährt sich ungemein gut; sie verhindert auch nur die geringste Karenz in der Benützung unserer Tuberkulosebetten. Abgenommen aber hat die Tuberkulose nicht. Ich habe nur die Verpflichtung den Kampf um die Wohnung von meinem Gesichtspunkt aus zu betrachten. Aber auch da muss ich sagen, dass jede Verschlechterung der Wohnverhältnisse - und eine Steigerung des Mietzinses wird eine solche herbeiführen - die Ausbreitung der Tuberkulose begünstigt. Unsere Statistiken zeigen uns, dass wir in jenen Bezirken, die die grösste Bevölkerungsdichte aufweisen, auch die grösste Zahl von Tuberkulotikern haben.

Ohne die Gründe dafür zu kennen, müssen wir feststellen, dass die Zahl der Geschlechtskranken ständig zurückgeht. Wir freuen uns darüber, weil uns das eine gewisse Hoffnung für die Zukunft gibt. Jetzt sind nämlich unsere beiden Irrenanstalten überfüllt. Es gibt Tage wo auf dem Steinhof 30 bis 40 neue Irrsinnfälle untergebracht werden müssen, eine Zahl die nie erreicht worden ist. Die Gonorrhö der Kinder muss ich deswegen erwähnen, weil Wien in der Bekämpfung dieser Krankheit wegweisend ist. Wir haben im Zentralkinderheim den ersten Pavillon für geschlechtskranke Kinder errichtet. Dieser Pavillon ist heute vollkommen gefüllt. Leider ist die Zahl der geschlechtskranken Kinder ständig im Zunehmen begriffen. Diese Erkrankungen gehören zu den am schwersten und

Zugzusammenstoß an der Stadtbahn. Auf der unteren Wientallinie zwischen der Station Meidling-Hauptstrasse und Margaretengürtel der Wiener elektrischen Stadtbahn ist heute gegen ein Uhr mittag ein Zug vor dem Zwischensignal stehengeblieben. Die Ursache dieses Aufenthaltes ist noch nicht genau ermittelt. In der Station Meidling-Hauptstrasse stand der Folgezug, der ebenfalls auf die untere Wientallinie weiterfahren sollte. Das Ausfahrtsignal stand auf "Halt". Aus einem ^{noch} nicht aufgeklärtem Grund gab der Signalwärter des dortigen Stellwerkes einem im Stockgleis stehenden Zug das Vorwärtssignal. Dieses Signal wurde vom Fahrpersonal des in Meidling stehenden Zuges als für sich gültig angesehen und obwohl das Stationsausfahrtsignal auf "Halt" gestellt war, fuhr der Zug weiter und es erfolgte auf der Weiterfahrt ein Anfahren an den auf der Strecke stehenden Vorderzug. Es wurden drei Personen leicht verletzt. Sie begaben sich zu Fuss auf das Polizeikommissariat, wo sie vom Arzt untersucht wurden. Der Sachschaden ist nicht bedeutend. Die Störung dauerte ungefähr fünfviertel Stunden.

langwierigsten zu behandelnden. Wenn Sie bedenken, dass jedes dieser Kinder mindestens ein Jahr in Behandlung steht, können Sie sich eine Vorstellung von den dadurch erwachsenden Kosten machen. Es ist dies aber der einzige Weg der Infektion vorzubeugen.

Wir sind also auf dem besten Wege einer vernünftigen Budgetierung des Wohlfahrtswesens. Und wir können auch im Grossen und Ganzen sagen, dass der Gesundheitszustand unserer Stadt ein günstiger ist. Es ist klar, dass ein so komplizierter Apparat nicht leicht zu führen ist, weil schon die Menschen, die zu behandeln sind, am empfindsamsten sind. Wir bemühen uns auch die Grundlagen aller Klagen zu entfernen, aus den Anstalten Hader und Zwist fernzuhalten, um so ein gedeigliches Arbeiten zu ermöglichen. Es haben sich alle meine Mitarbeiter wirklich Mühe gegeben ihre Pflicht zu tun und ich kann meine Ausführungen nicht besser schliessen, als wenn ich allen für ihre oft aufopferungsvolle Mühewaltung in offener Gemeinderatssitzung Dank sage (Lebhafter Beifall).

G.R. Binder (chr. soz.) bemängelt es, dass die Verwaltungskosten des Mauthner Markhoffschen Kinderspitales seit der Uebernahme durch die Gemeinde Wien beträchtlich gestiegen sind und zwar betragen sie früher zwanzig Prozent, jetzt fünfzig Prozent. Redner stellt den Antrag, die magistratischen Kostkinder, deren Vormünder es wünschen, den privaten Pflegeanstalten zu überweisen.

G.R. Dirisamer (chr. soz.) bemerkt, dass schon bei der Uebernahme des Mauthner Markhoffschen Kinderspitales den geistlichen Pflegeschwestern gekündigt worden war, damit die Gemeinde Wien auf Uebernahme dieser Schwestern keine Verpflichtung mehr habe. Es sei auch eine Härte, dass Angestellte des Spitals mit fünfzehnjähriger Dienstleistung nicht in ein Pensionsverhältnis gelangt sind. Schliesslich führt Redner über die Behandlung des Personals in diesem Spital Klage.

G.R. Wawerka (chr. soz.) wendet sich dagegen, dass eine Reihe von Pensionisten aus der Krankenfürsorgeanstalt der städtischen Angestellten in die Bezirkskrankenkasse überführt wurden. Es waren dies Pensionisten, die im Nebenberuf ein oder zwei Unterrichtsstunden im Fortbildungsschulrat gaben. Es besteht nun der Unsinn, dass sie nur für die Dauer des Schuljahres, das nicht zwölf sondern oft nur acht oder zehn Monate dauert, bei der Bezirkskrankenkasse, für die Ferien aber bei der städtischen Krankenfürsorgeanstalt versichert sind. Man brauchte nur den Paragraph vier abändern, und diese Parteien als freiwillige Mitglieder betrachten. Die Subvention von 200.000 Schilling für das

Jugendhilfswerk blieb durch drei Jahre hindurch auf der gleichen Höhe, was ein schwerer Mangel ist. Zum Schlusse wendet sich der Redner gegen die Politisierung der Jugendfürsorge, wozu ein Hauptbeispiel die "Kinderfreunde" sind. Er bringt einen Vorfall aus Favoriten vor, wo ein Mädchen dadurch zum Austritt aus dem Christlich-deutschen Turnerbund gezwungen wurde, dass man ihrer Mutter die Kündigung in dem Betriebe, wo sie arbeitete androhte. Solange die Majorität dazu schweigt, hat sie eine ungeheure Mitschuld an solchem Unrecht.

G.R. Lehninger (chr. soz.) bespricht eingehend Misstände in geschlossenen Anstalten, besonders in Lainz. Die Pflinglinge erhalten dreimal in der Woche vier Dekagramm Fleisch, die übrigen Tage sind fleischlos. Man hat die Quote von sechs Dekagramm in jüngster Zeit auf vier Dekagramm gekürzt, weil am Samstag Blutwürste auf dem Speisztettel stehen. Die Verpflegungsverhältnisse sind also noch immer ekend. Neben diesem Schlangenfrass müssen die armen alten Leute auch noch vielfältige Dransalierungen über sich ergehen lassen. Sie werden nach St. Andrä-Wörtern, Liesing oder Mauerbach transportiert, auch Leute von 78 Jahren, die schon fünf ein halb Jahre draussen sind, werden von Wien weggegeben. Eine Frau verübte zwei Tage vor dem Transport einen Selbstmord, in dem sie sich vom Pavillon IX in die Tiefe stürzte und zerschmettert liegen blieb. Ueberhaupt ereigneten sich im laufenden Jahre sechs Selbstmorde. Diese Zahl ist erschreckend gross. Für die Kinder in Steyr wurde diesen Armen das Geld abgepresst, obwohl die Verwaltung die Sammlung verboten hatte. Der Holzboden in der Kirche ist noch immer nicht gelegt, obwohl während der kalten Jahreszeit dies bisher immer der Fall war. Nicht u. anerkannt soll bleiben, dass die Orgel instandgesetzt worden ist. Schlecht steht es auch um die Pflinglingsarbeiter, die nicht "aus Zerstreung" arbeiten sondern um einen geringen Nebenverdienst zu erhalten. So bekommen sie für eine Wochenarbeit von 36 Stunden den lächerlichen Betrag von 84 Groschen. Auch sonst gibt es Prolektionskinder. Eines davon hat sogar eine Schnapsfabrik en gros eingerichtet.

G.R. Uebelhör (chr. soz.) führt darüber Beschwerde, dass die Gemeinde Wien in den letzten Jahren bei der Bewilligung von Sammlungen für das Haus der Barmherzigkeit Schwierigkeiten macht, obgleich diese Sammlungen ohne Inanspruchnahme der Fürsorgeinstitute und der Fürsorgeräte vorgenommen werden. Der Ertrag bedeutet für das Haus der Barmherzigkeit eine Lebensfrage, weswegen Redner anregt, dass das dem Magistrat vorliegende Gesuch auf Bewilligung der Sammlungen ohne Einschränkung genehmigt werde. Gerade die Weihnachtszeit sei geeignet, den armen 500 unheilbaren Kranken die Freude zu bereiten, dass das Haus der Barmherzigkeit auch für die Zukunft eine Gewähr seines Bestandes erhält.

G.R. Panäsch (chr. soz.) zollt dem Referenten für die Art wie er seinen Bericht erstattete Anerkennung. Professor Tandler habe das schwierige Amt, welches er zu verwalten habe in das richtige Licht gesetzt und es habe wohlthuend geklungen, dass er selbst einbekannte, dass nicht alles fehlerlos geschehen könne. Redner bespricht dann die Verhältnisse im Lainzer Versorgungshause und im Obdachlosenheim, die er als verbesserungsbedürftig bezeichnet und bringt dann verschiedene Wünsche über den Betrieb der Gemeindefriedhöfe vor; insbesondere bittet er in der Einsegnungshalle des Zentralfriedhofes endlich eine Orgel oder ein Harmonium aufzustellen.

G.Rtin. Königstetter (soz. dem.) gibt der Genugtuung über die Leistungen der Gemeinde auf dem Gebiete des Fürsorgewesens unter der zielbewussten Verwaltung des Professors Tandler Ausdruck. Ein neuer Geist ist in die Fürsorge eingezogen. Es ist ganz richtig, wenn man von der privaten Fürsorge zur kommunalen übergegangen ist, denn die Sozialdemokraten wollen nicht wie es früher geschehen, sich auf Wohltaten beschränken und auf Gnaden die dem Arbeiter gespendet werden, sondern wirkliche Fürsorge üben. In den letzten Jahren ist eine grosse Aufbauarbeit geleistet worden. Rednerin zählt die Schöpfungen auf dem Gebiete des Fürsorgewesens auf, die Schaffung der Mutterhilfsstellen, der Kinderübernahmestelle, die Kommunalisierung von Kinderspitälern, den Ausbau des Kindergartenwesens, die Errichtung von Volkskindergärten und bemerkt, unter der christlichsozialen Herrschaft habe man gesagt, dass die Kindergärten nur zur Unterstützung der faulen Mütter dienen. Durch die Einführung der Schulärzte habe sich der Gesundheitszustand an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen wesentlich gebessert und es treten jetzt nicht mehr wie früher Scharlach-Masern und Diphtherie-Epidemie auf. Ich bin in eine Klosterschule gegangen. Sie regen sich darüber auf, dass wir die Kinder aufklären, aber wie das früher geschehen ist, was man früher unter Aufklärung verstanden hat, damit können wir uns durchaus nicht einverstanden erklären. Wir haben nichts dagegen, dass die Kinder Religion lernen, aber was im Beichtstuhl geschieht, ist nicht aufklärend sondern oft Sittenverderbnis. (Lärm bei der Minorität und Rufe: Das ist doch alles nicht wahr!).

G.R. Stöger (chr. soz.) : Das ist eine Lüge!

Vorsitzender Gemeinderat Weigl ersucht den Gemeinderat Stöger derartige Ausdrücke zu unterlassen.

G.R. Königstetter beschliesst sodann ihre Rede mit den Worten: Wir können stolz darauf sein, was von dieser Gemeinde und von Professor Tandler geschaffen wird. Wir werden ein gesundes, kräftiges, denkendes Geschlecht heranziehen zum Heile der Menschheit und zum Nutzen der Allgemeinheit.

Dr. Haas (chr. soz.) beklagt, dass der Sprengel der Armenärzte auf der Landstrasse zu gross ist. Das Gebiet dehnt sich von der Stadlauerbrücke bis zum Landstrasser Gürtel und von der Rüdengasse bis zur Inneren Stadt. Für dieses grosse Areal stehen nur drei Aerzte zur Verfügung, sodass von einer wirksamen Hilfe nicht gesprochen werden kann. Die Leute müssen zu weit zum Arzt gehen. Redner verlangt die Errichtung einer Schulzahnklinik auf der Landstrasse und in der Inneren Stadt. Das orthopädische Turnen möge nicht nur dreimal wöchentlich angesetzt werden, sondern viermal, sodass statt 180, 240 Kinder dieser wichtigen Bekämpfung der Rückgradsverkrümmung zugeführt werden. Redner bedauert, dass die Klosterfrauen das Landstrasser Kinderspital am 1. Jänner verlassen müssen, weil es nach den Prinzipien der Minorität nicht möglich ist, die geistlichen Schwestern dort zu belassen. Die Bevölkerung wird ihrer stets dankbar gedenken.

Der Vorsitzende erteilt nun dem sozialdemokratischen Gemeinderat Eisinger das Wort.

G.R. Haider (chr. soz.) ruft: Einen Gemeinderat, der verleumdet, hören wir nicht an.

an!". Daraufhin erfolgen auf Seite der Majorität stürmische Entrüstungsrufe, Rufe "Dann gehen Sie hinaus" und unter grossem Lärm veranstaltet die Minderheit einen Exodus aus dem Sitzungssaal.

G.R. Eisinger meint, dass wenn auch das Urteil über die Tätigkeit der Gemeinde Wien auf dem Gebiete des Fürsorgewesens in diesem Saale je nach der Seite verschieden ist, so ist es durchaus einheitlich draussen bei der Bevölkerung, die sich bei der gegenwärtigen Fürsorge in guter Hand fühlt. Getreu dem Grundsatz, dass Proletariat geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, führen wir überall die Prophylaxe durch. Die Kollektive Fürsorge tritt dahinter zurück. Wenn man bisher stets diesen Grundsatz eingehalten hätte, würde es nicht notwendig gewesen sein, 722 Menschen in Anstalten unterzubringen, wo eine Korrektur ihres sozialen Charakters erfolgen muss. Wir zerstören nicht die Familie, wenn wir Kinder aus elenden Familienverhältnissen herausnehmen und in die Kindergärten geben. Unsere vorbeugende Tätigkeit beginnt bei den Bezirksjugendämtern. Da wir wissen, in wie inniger Wechselwirkung Wohnungselend und Krankheit sind, können wir nur auf das Entschiedenste dagegen auftreten, wenn die Christlichsozialen ein noch engeres Zusammenrücken der Menschen in den Wohnungen durch eine Mietzinserhöhung heraufbeschwört. Aus diesem Grunde können wir nicht dulden, dass aus dem Zusammenrücken der Menschen ein paar Hausherrn Gewinn schöpfen. Wir treiben Prophylaxe, wenn wir den Mieterschutz verteidigen! Redner kommt ausführlich auf die Schüllerausspeisung zu sprechen, wo nunmehr nicht mehr die Kinder hungrig dem Unterricht beiwohnen müssen. 63 Prozent der Schulkinder erhalten die Ausspeisung vollständig kostenlos und nur ein Prozent leistet den vollen Beitrag. So wie die Kinder früher gesundheitlich geschwächt dem Unterricht nicht folgen konnten, fehlte ihnen auch das Lernmaterial. Aus beiden Gründen mussten sie zurückbleiben. Jetzt sind die Verhältnisse anders geworden. Im Sommer kommen sie auf das Land hinaus. Für die Lehrlingsjugend haben wir nach dem 14. Lebensjahr Lehrlingsheime errichtet, wo sie körperlich und geistig ertüchtigt heranwachsen. Im kommenden Jahr werden wir ein neues Heim hinzubekommen, sodass wir am Beginn des Jahres 1927 insgesamt vier solche Heime mit 320 Betten haben werden. Durch Stipendien ermöglichen wir Unbemittelten ein Mittel- oder Hochschulstudium, das nicht mehr das Vorrecht der besitzenden Klasse ist. Hiefür ist ein Betrag von 58.700 Schilling vorgesehen. Dies alles bedeutet für uns, auf dem eingeschlagenen Weg fortzugehen, unbekümmert um eine vielleicht unsachliche Kritik bis zur Erreichung des Zieles der körperlichen und geistigen Ertüchtigung der Menschen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Nach der Rede des Gemeinderates Eisinger erscheint die Minderheit wieder im Saale.

G.R. Strobl (chr. soz.) bezeichnet die Fürsorgetätigkeit des Jugendamtes als ungenügend und zählt für diese Behauptung einige Beispiele auf. Wenn die Arbeitslosigkeit steigt, wird es mehr hungende Kinder geben und dann müsste die Gemeinde für die Schulausspeisung mehr Mittel bewilligen. Leider scheint in der Schulausspeisung die Tendenz vorzuherrschen, aus den Eltern möglichst viel herauszuholen, sie nimmt ihnen ab was sie mehr auszugeben glaubt. Schliesslich stellt Rednerin einige Anträge, im XVI. Bezirk ehestens eine zweite Schulzahnklinik zu errichten oder die bestehende entsprechend zu erweitern, zweitens den Schulärzten für Elternvorträge Filmwerke über Infektionskrankheiten, Erste Hilfe u. dgl. zur Verfügung zu stellen und an den Mädchenbürgerschulen künftighin nur Schulärztinnen anzustellen.

Vorsitzender G.R. Weigl erklärt dann, dass während der Rede des G.R. Eisinger die Gemeinderäte Haider und Kohl Zwischenrufe gemacht haben, die der Würde des Gemeinderates nicht entsprechen, weswegen er diese Ausdrücke rügt. Er bittet im weiteren Verlaufe der Debatte sich solcher Zwischenrufe zu enthalten.

G.R. Erban (chr. soz.) beantragt, dass die Gemeinde die Gelder die sie zur Deckung des Defizits des Bürgerspitalsfond aus eigenen Mitteln vorstreckt, nicht über die Bankrate verzinst. Dann bespricht er die Verhältnisse im Bürgerversorgungshause und übt an dem Verhalten des Verwalters, der als Sozialdemokrat keine Zierde seiner Partei sei, scharfe Kritik. Der Verwalter verletze die religiösen Gefühle der Pflinglinge, er habe bei einer Auferstehungsfeier die ganze Zeremonie als Bässheit bezeichnet, die Kruzifixe aus den Schlafsälen entfernen lassen und auf die Beschwerde der alten Leute einen höchst unziemlichen und geschmacklosen Vergleich zwischen Kreuzen und Schweinen gemacht.

G.R. Motzke ruft das ist unerhört, das muss untersucht werden, das darf man nicht dulden.

G.R. Preyer (chr. soz.) : Er ist wahrscheinlich früher ein Schweinehirt gewesen.

G.R. Erban : Ich weiss, dass St. R. Professor Dr. Tandler solche Aeusserungen nicht gut heisst aber man muss den Herrn mit aller Deutlichkeit sagen solche Witze zu unterlassen.

G.R. Schleifer (soz. dem.) Das hat er sicher nicht gesagt, Sie waren ja nicht dabei.

G.R. Kieiss (chr. soz.) beauftragt die den Simmeringer Friedhof durchziehende Strasse aufzulassen und die zwei Teile in eine Friedhofsanlage zu vereinigen.

G.R. Dr. Motzke unterstützt den Antrag Erban. Die Gemeinde Wien schiene sich nicht eine Art Fürsorgerente von zwölf Prozent aus dem Bürgerspitalsfond herauszuholen. Rednerin hofft, dass Stadtrat Tandler sich für die Abstellung dieses hohen Zinsfusses einsetzen werde. Man komme überhaupt zur Meinung, dass die Gemeinde mit der Fürsorge Geschäfte machen will. Rednerin stellt den Antrag, der Magistrat wird aufgefordert, ehestens eine Vorlage über die Errichtung eines Hilfswerkes für die städtischen Kleinrentner dem zuständigen Ausschusse vorzulegen. Dann verlangt sie, dass das Kinderheim in San Pelagio zur Gänze wieder Wiener Kindern gewidmet werde, es seien jetzt auch italienische

Kinder dort untergebracht, für die man sicher unschwer einen anderen Seeort finden werde.

G.R. Stöger (chr. soz.) stellt den Antrag, in den städtischen Heilanstalten künftighin für den Unterricht der dort jeweils untergebrachten Kahlkinder vorzusorgen.

Stadtrat Prof. Tandler erklärt in seinem Schlusswort, sein Referat sei das friedlichste und ruhigste, und doch müsse er schon seit vielen Jahren erfahren, dass gerade bei seinem Referat die Geister so aufgeregt sind. Es wurden eine Menge von Rekrimationen vorgebracht, teils berechnete, teils unberechnete. Gemeinderat Binder habe die Höhe der Ausgaben für das Kinderspital im III. Bezirk bemängelt. Das ist wohl richtig, es befinden sich aber darunter einmalige Ausgaben für Reparaturen und für die Verbesserung des Beträubes. Ein privater Verein kann über manches hinwegsehen, die Gemeinde dürfe das aber nicht tun. Wir haben dort kein Instrumentar vorgefunden, weil der Operateur sein eigenes Instrumentar zugunsten des Vereines verwendet hatte. Wir mussten also ein neues anschaffen. Gemeinderat Birisame hat die teilweise Entlassung des Pflegepersonales kritisiert. Nun kann ein Verein einen Halbinvaliden anstellen, da er ihn doch wieder kündigen darf. Wir dürfen das nicht tun. Tatsache ist, dass die paar Abgebaute eine Abfertigung bekommen haben. Was Gemeinderat Lehninger über die Verhältnisse in Lainz und die schlechte Kost vorgebracht hat, ist sicher unberechtigt. Sicher wird es immer einen Teil geben, der unzufrieden ist. Aber das Wort vom Schlangenfrass muss ich zurückweisen. Wenn Leute über 70 Jahre abtransportiert werden, so geschieht dies gegen meinen Willen und ich werde dies abstellen. Sehr viele dieser Leute sind krank und befinden sich etwa in St. André. Wo steht es geschrieben, dass sie ihr Leben da draussen beschliessen müssen, wenn sie Jahrzehntlang in der Stadt waren. Diese Leute kommen dann wieder herein. Das ist also der Transport, wie er sich wirklich vollzieht. Nach Mauerbach kommen diejenigen Alkoholiker, professionellen Bettler und Randalreue, die ich in den Wiener Strassen nicht herumgehen lassen kann. Ich kann ja nichts dafür, dass diese Leute jede Schnapsbude als eine Attraktion empfinden und in Wien kann ich sie also nicht belassen. Meine ganzen Pläne werden leider dadurch zunichte gemacht, dass sich in der Nähe von Mauerbach eine grosse Anzahl von Buschenschänken und Wirtshäusern breit gemacht hat. Wenn Sie fragen, woher die Leute das Geld zum Trinken nehmen, so weiss ich das nicht, aber sicher ist, dass ihnen die Wirte in Mauerbach auch

nichts schenken. Was das angezogene Beispiel von dem Selbstmord betrifft, so ist folgendes zu sagen. Man möge mich aber diesmal nicht wieder missverstehen. Ich wundere mich eigentlich, dass die Anzahl der Selbstmorde bei der grossen Zahl der Leute von dieser Qualität und es sind ja alte Leute und das Alter veredelt nicht, so relativ gering ist. In abgelaufenen Jahre waren es fünf. Dazu kommt der Selbstmord vor fünf Tagen. Das war folgendermassen: Ein ehemaliger Offizier, der unter den grossen lanzinierenden Schmerzen einer Rückenmarkdarre litt, hat sich mit einer alten Pistole erschossen. Wir wissen, dass bei Tabes solche Selbstmorde häufig vorkommen.

In den Anstalten der Gemeinde dürfen keine Sammlungen veranstaltet werden. Die Bretter in der Lainzer Kirche haben wir nur deshalb entfernt, weil der Pfarrer sich beklagt hat, dass sie knarren. Sie können ohneweiters wieder gelegt werden. Es ist richtig, dass die beiden Betriebsräte soweit gegangen sind, dass sie geglaubt haben, die dem Betriebsrat gehörigen Gelder stehen zu ihrer freien Disposition.

G.R. Kunschak: Sie haben eine feine Dialektik. Jeder Advokat muss Sie darum beneiden! (Heiterkeit)

Stadtrat Prof. Tandler: Wir haben diesen Konflikt dadurch gelöst, dass wir das Gericht angerufen und die beiden Leute suspendiert haben.

Stadtrat Kunschak: Ganz in Ordnung!

Stadtrat Prof. Tandler: Auch die Schnapseschichte ist stark übertrieben. Es handelt sich um eine harmlose Sache. Sie wissen, dass in allen Anstalten der Gemeinde strengstes Alkoholverbot besteht. Aber dort wohnen auch Angestellte und man kann ihnen nicht verbieten, dass sie Alkohol in die Wohnung nehmen. So kann auch dieses Gift zu den Pflinglingen kommen. Aber kann nicht jeden Angestellten beim Eingang in die Anstalt untersuchen lassen, denn da würden Sie mich wegen unerhörter Beschränkung der persönlichen Freiheit anklagen. Was das Ergebnis der Sammeltagung anlangt, so ist es gewiss nicht imponierend. Aber es wird mir gesagt, dass man diese Sammlungen machen müsse, weil das Ergebnis in den Bezirken aufgeteilt und dort für Zwecke verwendet wird, die wir nicht vorgesehen haben. Das ist der Fonds der Fürsorgeinstitutsvorstände, mit dem sie die ärgste Not lindern können. Wir müssen das neue Gesetz abwarten, wenn es einmal entschieden ist, werden wir uns entscheiden können, ob wir Anstalten bauen können oder nicht. Es wurde auch die Errichtung von Wohnhäusern auf dem Zentralfriedhofe für die Friedhofsangestellten bemängelt, aber auch das war eine Notwendigkeit, denn die Leute müssen doch in der Nähe ihrer Betätigung wohnen. Zur Meinung des Dr. Haas über die Tätigkeit der Physikatärzte will ich prinzipiell Stellung nehmen. Ich halte die Verquickung der Privatpraxis der Physiker mit einer öffentlich begutachtenden Stelle für einen Gewissenskonflikt. Erworben Rechte auf die Privatpraxis schmälern wir nicht, aber allen/eu eintretenden Ärzten ist sie verboten. Die städtischen Ärzte, die Armen-dienst versehen, haben jetzt viel weniger zu tun, weil 70 Prozent aller Wiener bei Krankenkassen versichert sind. Viele darunter haben früher die Hilfe des Armenarztes beansprucht. Aus diesem Grunde konnten wir die Zahl der Armenärzte verringern. Der Ausbau der Schulzahnkliniken wird fortgesetzt, wir haben jetzt deren neun in Wien, eine zehnte kommt in die Krimskykaserne und der Wunsch der Gemeinderätin Strobl bezüglich des XVI. Bezirkes wird erfüllt werden können, sobald der grosse Neubau in der Sandeilen fertiggestellt sein wird. Wir können mit dem Erfolg der Schulzahnkliniken zufrieden sein. Mit der Schulauspeisung klappt nicht alles, das sei zugegeben, aber auch hier bemühen wir uns fortgesetzt für eine Verbesserung. Im letzten Jahre wurden 21 neue Speisestellen errichtet. Die Schularztinstitution ist ein sehr schwieriges Problem und wir stehen noch immer mitten in den Versuchen. Der Antrag der Frau Gemeinderätin Strobl, dass an die Bürgerschulen nur Schulärztinnen kommen sollen, ist eigentlich überflüssig, weil wir schon längst diesen Brauch üben. Auch im XVI. Bezirk ist bereits eine Schulzahnklinik präliminiert. Auch die Tafeln für den Unterricht sind bereits angeschafft und kommen demnächst überall in Verwendung. Wegen der Bemerkung des Verwalt^{ers} im Bürgerversorgungshaus über die Gemeinderat Erben Klage führte habe ich mich telefonisch erkundigt, die Sache wurde mir anders dargestellt, ich werde aber

nicht ermangeln, solche Bemerkungen, ob sie nun spasshaft oder ernsthaft gemeint sind, durchaus nicht zu dulden. Ich werde die Sache auf das Strengste untersuchen, muss aber bitten, dass mir die Quelle dieser Angabe genannt wird. Was Herr Gemeinderat Kisa wegen des Simmeringer Friedhofes gewünscht hat, ist schon eingeleitet. In den Gemeinde-Neubauten werden nur städtische Kindergärten errichtet. Die Kinderübernahmestelle ist erst vier Monate geöffnet und muss erst die Organisation praktisch erprobt werden. Wir sind dazu auf dem besten Weg. Zu den Erkrankungen der Angestellten in meiner Gruppe möchte ich nur sagen, dass hier besonders heikle Verhältnisse bestehen. Eine Kindergärtnerin mit einem Schnupfen kann wohl keinen Dienst machen, dafür wird sie aber sehr leicht, wenn sie nur Fusschmerzen hat, zu den Kindern gehen können. Wir verlangen von den Männern und Frauen, die in der Wohlfahrtsgruppe mitarbeiten die gesetzlich festgelegte Arbeitszeit und ich kann mit der grössten Befriedigung feststellen, dass in dieser schweren Zeit jeder einzelne seine Pflicht tut. Dieses ehrende Zeugnis kann ich mit Genugtuung ausstellen. Die soziale Akademie wollen wir besser machen und haben daher die erste Klasse aufgelassen.

Und nun komme ich zu San Pelagio. Der italienische Staat hat erklärt, den Direktor setze er ein, er bestimme die Verpflegskosten und das Defizit müssen wir bezahlen. Das ist eine Aufstellung von Rechten, die ich nicht annehmen kann. Deshalb sind wir noch immer mit den Verhandlungen in Schwierigkeiten. Bisher hat die italienische Regierung keine Nachgiebigkeit gezeigt und bei dem gegenwärtigen Regime ist nicht viel zu hoffen. San Pelagio ist Malaria verseucht. Hätte ich dasselbe im Monate Mai gesagt, dann hätte man sofort festgestellt, dass es in San Pelagio keine Malaria gibt. Aber sie besteht dort und ich kann es nicht verantworten, Kinder, die meinem Schutze anvertraut werden zur Ausheilung ihrer Tuberkulose hinunterzuschicken und sie gleichzeitig der Gefahr der Erkrankung an Malaria auszusetzen. Deshalb habe ich verfügt, dass von Mitte Juni bis Mitte September kein Kind hinkommt. Der italienische Staat geht daran diese Malariagegend zu assanieren und wird von uns einen Beitrag verlangen, was gewiss nur recht ist. Aber solange die Rechtsverhältnisse nicht geklärt sind, wird eine Regelung dieser Assanierungsfrage nicht erfolgen können.

Zum Schlusse will ich versichern, dass sicher eine Reihe von Wünschen auch bei uns vorhanden ist, weil die gesamte Fürsorge noch immer weiter ausgestaltet werden muss. Wir sind noch weit entfernt von einer genügenden Fürsorge seien Sie aber versichert, dass wir unsere ganze Kraft dieser wichtigen Frage widmen werden. Ich bitte sie deshalb um die Zustimmung zu diesem wichtigen Teil des Budgets. Lebhaftige Zustimmung bei der Mehrheit.

Die Vorsitzende Gemeinderätin Bock teilt mit, dass die Fortsetzung der Budgetdebatte morgen Samstag nachmittags vier Uhr stattfinden werde.

Vizebürgermeister Emmerling bringt dann dem Gemeinderate den Bericht der Strassenbahndirektion über den Zusammenstoss auf der Stadtbahn zur Kenntnis, den wir bereits gemeldet haben.

St.R. Kunschak: Darüber werden wir noch reden.

Schlusse der Sitzung halb elf Uhr nachts.